

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

Vorsitzender

Herrn Ministerpräsident
Günther H. Oettinger
Staatsministerium
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Stuttgart, 16. Juli 2007

Einstellungssituation im Schulbereich

Sehr geehrter Herr Oettinger,

am vergangenen Dienstag haben auf dem Stuttgarter Schlossplatz über 3.000 vorwiegend junge Lehrerinnen und Lehrer gegen die Einstellungspolitik der Landesregierung protestiert.

Die Enttäuschung und Empörung der jungen Lehrerinnen und Lehrer, die teilweise hervorragende Abschlüsse vorzuweisen haben und leistungsbereit und motiviert sind, ist riesengroß. Es gibt in diesem Jahr männliche Bewerber mit dem Stufenschwerpunkt Hauptschule, die ihr zweites Examen mit der Note 1,0 abgeschlossen und die kein Einstellungsangebot erhalten haben.

Sie stimmen mir sicher zu, dass dies im Interesse der Betroffenen und des Bildungsstandorts Baden-Württemberg nicht akzeptabel ist.

Während im letzten Jahr noch annähernd 80 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber ein Einstellungsangebot erhalten haben, sank die Einstellungsquote in diesem Jahr im Bereich der Grund- und Hauptschulen auf etwa 15 Prozent. Insgesamt und über alle Schularten hinweg werden am 25. Juli 2007 rund 5.000 junge Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg arbeitslos.

Hauptursache für diese Situation ist die Tatsache, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg ihre in der Koalitionsvereinbarung vom 10. Mai 2006 gemachte Zusage, alle frei werdenden Lehrerinnen- und Lehrerstellen wieder zu besetzen bzw. im Schulsystem zu erhalten, nicht eingehalten worden ist.

Bereits im September 2006 hat Kultusminister Rau angekündigt, 521 Stellen aufgrund des unerwartet großen Schülerrückgangs zu „sperren“. Weitere 349 Stellen wurden gestrichen, weil den Anwärterinnen und Anwärtern, den Referendarinnen und Referendaren die Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde erhöht wurde.

Hinzu kommt, dass aufgrund der unterschiedlichen Schülerzahlenentwicklung vom Grund- und Hauptschulbereich mehr Stellen umgeschichtet wurden als rechnerisch durch rückläufige Schülerzahlen frei wurden.

Wir sind uns sicher einig, dass es nicht im Interesse des Landes sein kann, wenn gut ausgebildete und hoch motivierte Lehrerinnen und Lehrer aufgrund der unkalkulierbaren Einstellungspolitik unserer Landesregierung in benachbarte Bundesländer oder in die Schweiz abwandern.

Deshalb möchte ich Sie dringend auffordern, Ihre Einstellungspolitik zu korrigieren und dafür zu sorgen, dass weitere Bewerberinnen und Bewerber eine Einstellungsperspektive zum September 2007 erhalten.

Dazu sind folgende Maßnahmen unerlässlich:

- Die 521 „gesperrten“ Stellen müssen sofort zur Wiederbesetzung freigegeben werden.
- Die 349 Stellen, die aufgrund der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Referendarinnen und Referendare gestrichen worden sind, müssen ebenfalls sofort zur Besetzung freigegeben werden.
- Die für Krankheits- und Elternzeitvertretungen im Haushaltsplan vorhandenen Mittel, die massiv gekürzt worden sind, müssen mindestens wieder auf das frühere Niveau gebracht werden.
- Alle weiteren bildungspolitischen Maßnahmen, wie die Schaffung von 50 Stellen für Schulpsychologen, der Ausbau der Ganztagesbetreuung und die Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule müssen zusätzlich finanziert werden.

Selbstverständlich wissen wir, dass sich die Landesregierung das Ziel gesetzt hat, die Nettoneuverschuldung Null bereits vor dem Jahr 2011 zu erreichen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr – wenn nicht nachgebessert wird – spürbar verschlechtert, halten wir zusätzliche Investitionen in den Bildungsbereich nicht nur für verantwortlich, sondern für zwingend notwendig.

Uns liegen zahlreiche Informationen aus den Landratsämtern vor, dass die Spielräume insbesondere für kleinere Klassen und Förderunterricht im nächsten Jahr sehr viel geringer sind als in den Jahren zuvor.

Angesichts der Einstellungssituation im Jahr 2007 fordert die GEW die Landesregierung auf, schnellstmöglich einen Personalentwicklungsplan, der mindestens bis zum Jahr 2011 reicht, zu erarbeiten, der einen ausreichend breiten Einstellungskorridor sicherstellt und den Lehramtsbewerberinnen und -bewerbern sowie den Lehramtsstudierenden eine verlässliche und berechenbare Perspektive für ihren Berufseinstieg ermöglicht.

Es kann und darf nicht sein, dass die Einstellungsquoten in Zukunft derart unkalkulierbaren Schwankungen unterliegen.

Die GEW ist bereit, an einem solchen Personalentwicklungskonzept konstruktiv mitzuwirken; selbstverständlich stehe ich auch kurzfristig für ein Gespräch zur Verfügung – ich bin bis 26. Juli über mein Büro erreichbar und anschließend bis 15. August in Urlaub.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Dahlem

